

# Pressemitteilung

Deutscher  
Gewerkschaftsbund  
Bezirk  
Berlin-Brandenburg

Abteilung Presse

PM 005/08  
23.01.08  
Alt+E+N

## DGB: Bei Grenzöffnung Mindestlohn und soziale Standards für Arbeitnehmer notwendig

„Der DGB fordert, dass bei einer möglichen Aufhebung der Beschränkungen für polnische Arbeitnehmer 2009 gleiche soziale Standards und ein Mindestlohn gelten müssen.“ Dies erklärte die stellvertretende DGB-Vorsitzende von Berlin-Brandenburg, Doro Zinke, heute bei einem vom DGB organisierten **Fachgespräch zum Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit** in Cottbus. Sie kritisierte dabei den brandenburgischen Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns (CDU), weil er eine Grenzöffnung ohne begleitende Maßnahmen und Sicherungen befürworte.

E-Mail:  
[Dieter.Pienkny@dgb.de](mailto:Dieter.Pienkny@dgb.de)

Internet:  
[www.Berlin-Brandenburg.DGB.de](http://www.Berlin-Brandenburg.DGB.de)

Zu den grundlegenden sozialen Standards gehöre nach den ILO-Konventionen (Internationale Arbeitsorganisation) neben dem Arbeits- und Gesundheitsschutz auch die Gleichbehandlung: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, aber auch gleiche soziale Sicherungen – das gilt nicht nur für Frauen und Männer, sondern auch für Arbeitnehmer aus der EU! Wir müssen verhindern, dass die Grenzöffnung dazu benutzt wird, unterschiedliche Löhne nach Herkunft zu zahlen und Arbeitnehmer zweiter Klasse zu schaffen. Es sind die Arbeitgeber in der Region, die hier scharf kontrolliert werden müssen“, betonte die stellvertretende DGB-Vorsitzende. Dazu gehöre aber auch, entschieden gegen Scheinselbstständigkeit vorzugehen, da sie benutzt werde, um Arbeitnehmern grundlegende soziale Sicherheiten vor zu enthalten.

Zugleich wies Doro Zinke darauf hin, dass prekäre Beschäftigung, also unsichere und zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse, nicht das Resultat einer Grenzöffnung sei, sondern hausgemacht. „Scheinselbstständigkeit und Lohn-dumping sind unerträgliche Praktiken, die den Arbeitnehmern aufgezwungen werden“, stellte die DGB-Vize klar. Auch werde es keinen Ansturm polnischer Arbeitskräfte in die Region geben, da ohnehin bereits 500.000 Polen in Großbritannien und Irland arbeiteten. In Deutschland führe Migration in der Regel über den Grenzraum hinaus in prosperierende Wirtschaftsregionen, gleiches gelte für Pendler. So verzeichneten die Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit bislang für Frankfurt/Oder 155 sozialversicherungspflichtig beschäftigte polnische Arbeitskräfte und für Cottbus Stadt 48 Personen. Nur wenn die vom DGB geforderten Mindeststandards eingehalten würden, werde es möglich sein, überhaupt Arbeitskräfte in einer Region zu halten.

„Wir brauchen dringend einen flächendeckenden Mindestlohn, um eine gesetzliche Mindestsicherung für europäische Arbeitnehmer zu gewährleisten“, so Doro Zinke. Brandenburgs Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns handele fahrlässig, wenn er sich weiterhin gegen einen generellen Mindestlohn ausspreche. „Wir dürfen nicht mit Niedriglöhnen kalkulieren, die nicht einmal die Existenzgrundlage sichern.“



Verantwortlicher  
Redakteur:  
Dieter Pienkny

Keithstr. 1 - 3  
10787 Berlin

Telefon 030 - 21240-111  
Telefax 030 - 21240-114